

TAGBLATT

SG AZ 9000 St. Gallen
Fr. 2.50 / € 2.-

AUSGABE FÜR DIE STADT ST. GALLEN, GOSSAU UND UMGEBUNG – www.tagblatt.ch

Seite 2

FORUM

Freiheit und Verantwortung im «freien Markt»

Sollen die Staaten den internationalen Finanzmarkt politisch steuern oder sollen sie ihn der Marktwirtschaft überlassen? Wie sollen wir generell gesellschaftliche Probleme lösen: durch Staat oder durch Markt?

Die Marktwirtschaft ist gewiss jene Wirtschaftsordnung, welche dem einzelnen die grösste Entfaltungschance gewährt. Sie ist die Wirtschaftsform der individuellen Freiheit. Der freie Markt bewirkt allerdings nicht von selbst Wohlstand für alle. Die «unsichtbare Hand» des Marktes, die das leisten soll, ist ein Mythos. Für Adam Smith war sie die Hand Gottes. Ganz anders die moderne Ökonomie: Sie streicht Gott aus ihren Grundlagen und verkehrt Ursache und Wirkung: Harmonie ist nicht mehr Voraussetzung, sondern *Ergebnis* des «freien Marktes». Der Markt übernimmt die Aufgabe Gottes. Der Ökonomismus (der dem Markt alles überantworten möchte) ist damit verdeckte Metaphysik.

Die Rede vom «freien Markt» ist ohnehin doppeldeutig: Wer ist da eigentlich frei, der Markt oder die Marktteilnehmer – das System oder die Menschen? Der Wettbewerb ist keine Freiheit, sondern ein Zwang. Er zwingt die Menschen zur Konkurrenz. Frei aber sollen eigentlich die Menschen sein, die sich im Markt entfalten wollen. Nun ist Freiheit aber immer Recht und Pflicht zugleich.

Schon als Recht ist sie durch Regeln bestimmt, die ihr erst ihre Konturen geben: Rechtlich konstituierte Freiheit unterscheidet sich von blosser Macht dadurch, dass sie sich durch ihre rechtlichen Voraussetzungen legitimiert. Die Freiheit des Mieters, der Autofahrerin, des Unternehmers oder der Politikerin beruht auf Gesetzen, Verträgen, Statuten und Reglementen, welche die Freiheit erst ermöglichen, zugleich aber auch begrenzen. Es gibt keine unbegrenzte rechtlich geschützte Freiheit.

Freiheit ist eine Institution von Staat und Recht: Wir als Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger gewähren uns als einzelnen die Freiheit der individuellen Entfaltung. Erst der Staat – die Demokratie – schafft das Recht auf Freiheit, schützt und begrenzt es. Freiheit ist nur als Ordnung von gegenseitigen Rechten und Pflichten möglich. Eine Freiheit ohne Pflichten wäre blosser Macht und damit nicht zu rechtfertigende Willkür. Das gilt auch für die Freiheit im Markt.

Der Markt schafft nur Freiheit, wenn in der Wirtschaft verantwortungsvoll gehandelt wird. Wer hingegen Freiheit von Verantwortung trennt, reduziert Freiheit auf ein Privileg jener Mächtigen, welche die Möglichkeit haben, Kapital zu generieren und damit andere Märkte – insbesondere den Arbeitsmarkt – zu steuern. Je mehr

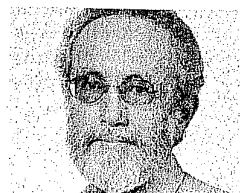
die Mächtigen aber ihre Freiheit als Privileg ausbeuten, desto eher muss der Staat dafür sorgen, dass Freiheit (gerade auch wirtschaftliche Freiheit) «verfasst» wird, d.h. politisch zu Verantwortung und zu Solidarität verpflichtet. Der Missbrauch der Freiheit führt zu ihrer Beschränkung. Der Staat muss dann die ethische Verantwortung der Wirtschaft in Rechtspflichten ummünzen.

Die aktuelle Finanzmarktkrise zeigt freilich, dass dies keineswegs gewährleistet ist: Politiker sind oft von der Wirtschaft abhängig. Die Krise ist zum Teil eine Folge davon, dass die Staaten die ökonomische Rationalität übernommen und dem Wachstum des Finanzsektors keine Grenzen gesetzt haben. Heute fordern bereits wieder viele Politiker, der Staat solle sich aus der Marktsteuerung zurückziehen, ohne die neue Freiheit des Kapitals mit sozialer Verantwortung zu koppeln. Lehren aus der Krise werden auf diese Weise keine gezogen. Das aktuelle Dilemma

verschärft sich somit, weil der Staat seine Aufgabe gegenüber der Wirtschaft nicht richtig erfüllt. Dann wird er es bei der nächsten Krise aber umso härter tun müssen. Je stärker die Ausschläge am Markt, desto kräftiger muss der Staat sein, um die Entwicklung korrigieren zu können.

Das Paradoxon spitzt sich zu: Je ungezügelter die Marktfreiheit, desto stärker das Staatswachstum. Denn dort, wo wir unsere Verantwortung in der Wirtschaft verletzen, muss der Staat an unserer Stelle Verantwortung übernehmen. Wenn wir nicht immer mehr Staat wollen, müssen wir eine Wirtschaft schaffen, die soziale Verantwortung trägt. Das wiederum wird realistischere nicht gehen, ohne dass Staat und Recht uns im wirtschaftlichen Handeln zur Rechenschaft ziehen. Freiheit muss rechtlich geschaffen und verantwortet werden, auch im Markt.

Philippe Mastronardi,
kontrapunkt



Philippe Mastronardi
ist Professor für Öffentliches Recht
an der Universität St. Gallen

kontrapunkt, der zurzeit 25köpfige interuniversitäre «Rat für Wirtschafts- und Sozialpolitik», entstand auf Initiative des «Netzwerks für sozial verantwortliche Wirtschaft». Die Gruppe will die oft einseitige öffentliche Diskussion über politische Themen in der Schweiz durch wissenschaftlich fundierte, interdisziplinär erarbeitete Beiträge vertiefen. kontrapunkt möchte damit übersehene Aspekte offenlegen und einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten.